

Öffentliche Sitzung

Gremium: Ausschuss für Personal, Informationstechnik und Beteiligungen

Datum: Donnerstag, 06.05.2021

Uhrzeit: 18:00 Uhr – 19:38 Uhr

Ort: Raum E 072 (Mediensaal), Haus der StädteRegion Aachen, Zollernstraße
16, 52070 Aachen

Anwesend waren:

A) Mitglieder:

Frau Ingrid von Morandell SRTM

Herr Kunibert Matheis SRTM

Herr Lars Lübben SRTM

Herr Thomas Andraczek SRTM

Herr Pascal Heck SRTM

Herr Heiner Höfken SRTM

Herr Wolfram Markus SRTM

Vertretung für: Herrn Markus Conrads
SRTM

Frau Edith Nolden SRTM

Herr Marc Peters SRTM

Frau Margret Roitzsch SRTM

Frau Marie-Theres Sobczyk SRTM

Herr Thomas Buhr sB

Herr Tim Gottfried sB

Vertretung für: Herrn Thomas Schlen-
ter sB

Herr Hans Keller sB

Herr Roger Lebien sB

Vertretung für: Herrn Daniel Reuter sB

Herr David Benjamin Nimmerrichter sB

Herr Marcel Pelzer sB

Herr Pascal Pfeiffer sB

Herr Franz-Josef Plum sB
Herr Florian-Paul Weyand sB
Herr Stefan Ziegler sB

Abwesende:

Herr Markus Conrads SRTM	entschuldigt
Herr Daniel Reuter sB	entschuldigt
Herr Thomas Schlenter sB	entschuldigt

B) Verwaltung:

Frau Birgit Nolte, Kreisdirektorin
Herr Dr. Michael Ziemons, Dezernent
Herr Hermann Fuchs, S 80
Frau Ulrike Königfeld, Gleichstellungsbeauftragte
Frau Marianne Maaßen, A 36 (einschl. TOP 3.)
Frau Susanne Penkert, Personalrat
Herr Andreas Schaffrath, A12
Frau Ellen Wirtz, A 10
Frau Birgit Katterbach, Schriftführerin.

Frau von Morandell eröffnete um 18:00 Uhr die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Personal, Informationstechnik und Beteiligungen, begrüßte die Anwesenden und stellte fest, dass der Ausschuss für Personal, Informationstechnik und Beteiligungen ordnungsgemäß einberufen worden und beschlussfähig war.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wurden die sachkundigen bzw. stellvertretenden sachkundigen Bürger Herr Pelzer und Herr Gottfried verpflichtet. Über die Verpflichtung wurde eine gesonderte Niederschrift gefertigt.

Anschließend beschloss der Ausschuss für Personal, Informationstechnik und Beteiligungen einstimmig folgende

TAGESORDNUNG

A) Öffentliche Sitzung

1.	Einwohnerfragestunde gem. §§ 4 Abs. 2 und 27 Abs. 1 Buchst. g) der Geschäftsordnung für den Städteregionstag und die Ausschüsse	
2.	Lagebericht des Straßenverkehrsamtes	2021/0240
3.	Umsetzungsstand der Änderung der Verwaltungsorganisation	2021/0208
4.	Controlling Gleichstellungsplan 2019 – 2023	2021/0229
5.	Sachstandsbericht zur Umsetzung des Gesetzes zur Verbesserung des Onlinezugangs zu Verwaltungsleistungen (Onlinezugangsgesetz – OZG)	2021/0239
6.	Beteiligungsübersicht der StädteRegion Aachen	2021/0238
7.	regio iT gesellschaft für informationstechnologie mbH; Beteiligungsstruktur der Gesellschaft	2021/0231
8.	Beschlusskontrolle	2021/0217
9.	Anfragen und Mitteilungen	

B) Nichtöffentliche Sitzung

1.	Unterrichtung des Fachausschusses über die mittelfristige Personalentwicklung	2021/0235
2.	EWV – Energie- und Wasser-Versorgung GmbH; Zustimmung zu einer mittelbaren Beteiligung	2021/0215
3.	GWG – Wohnungsbaugesellschaft für die StädteRegion Aachen GmbH, Prolongation einer Bürgschaft	2021/0216
4.	enwor – energie & wasser vor Ort GmbH; Änderung des Gesellschaftsvertrages	2021/0226
5.	enwor – energie & wasser vor Ort GmbH; Zustimmung zu einer mittelbaren Beteiligung	2021/0237
6.	Beschlusskontrolle	2021/0218
7.	Anfragen und Mitteilungen	

Zu Punkt 1. der Tagesordnung:

Einwohnerfragestunde gem. §§ 4 Abs. 2 und 27 Abs. 1 Buchst. g) der Geschäftsordnung für den Städteregionstag und die Ausschüsse

Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt lagen nicht vor.

Zu Punkt 2. der Tagesordnung:

Lagebericht des Straßenverkehrsamtes

Auf entsprechende Anfragen von Herrn SRTM Peters erläuterte Frau Maaßen, dass die Corona Pandemie eine Herausforderung für das Amt gewesen sei bzw. ist. 500 Bürger würden täglich das Amt aufsuchen. Es gab einen positiven Fall in der Verwaltung, aufgrund dessen man zu der Zeit in den Notbetrieb übergegangen sei. Gebuchte Termine mussten abgesagt werden. Es fehlten rund 40 Mitarbeitende.

Des Weiteren führte sie aus, dass die Einnahmeverluste auf die Corona-Pandemie zurückzuführen wären, da es weniger Fälle gab. Da der Handel geschlossen war, war auch die Anzahl der Neuzulassungen rückläufig. Künftig werde eine Einnahmesteigerung resultierend aus dem neuen Aufgabenbereich Schwertransportwesen erwartet. Diese Einnahmen würden die Personalkosten für den Bereich übersteigen. Im Führerscheinenwesen würden die Mehraufwendungen für das Personal durch höhere Fallzahlen und damit Mehrerträge kompensiert werden.

Sie informierte weiterhin, dass sich die Personalfluktuaton teilweise geändert habe und zeigte die unbesetzten Stellen in den Bereichen Zulassungsstelle, Bürgerservice und ordnungsbehördlichem Bereich auf. Das System zur Onlineterminreservierung wurde in 2020 komplett umgestellt. Die Terminreservierung für Samstage wurde dabei neu aufgenommen.

Mit Betriebswiederaufnahme nach dem Notbetrieb wurde ein Sicherheitsdienst mit vier Personen beauftragt. Nach der Pandemie soll der Sicherheitsdienst weiterhin mit zwei Personen im Einsatz bleiben.

Herr Pelzer erkundigte sich nach den Gründen der 44 % igen Fluktuaton in der Führerscheinstelle. Frau Maaßen erläuterte, dass es hierfür verschiedene Gründe geben würde, u.a. würde es Personen geben, die das Straßenverkehrsamt als Einstiegstor in die Verwaltung betrachten würden, das Arbeiten in einem großen Raum würde unterschätzt oder auch das Homeoffice nur bedingt möglich wäre.

Die Auswahlverfahren für die Einstellung von Mitarbeitenden würden umgestellt, so dass man Initiativen aus anderen Ausbildungsberufen erwarten könnte.

Auf Anfrage von Herr SRTM Andrzejek informierte Frau Maaßen, dass es einen breiten Fortbildungskatalog geben würde, u.a. mit Fortbildungen zur Teambildung.

Aufgrund der Corona Pandemie konnten aber keine Fortbildungen stattfinden.

Nachdem keine weiteren Fragen gestellt wurden, dankte Frau von Morandell im Namen des Fachausschusses Frau Maaßen und allen Mitarbeitenden des Straßenverkehrsamtes für ihr Wirken insbesondere während der Corona Pandemie mit rd. 500 Kunden täglich.

Der Ausschuss für Personal, Informationstechnik und Beteiligungen nahm die Sitzungsvorlage zur Kenntnis.

Zu Punkt 3. der Tagesordnung:

Umsetzungsstand der Änderung der Verwaltungsorganisation

Zu diesem Tagesordnungspunkt lagen keine Wortmeldungen vor.

Der Ausschuss für Personal, Informationstechnik und Beteiligungen nahm die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

Zu Punkt 4. der Tagesordnung:

Controlling Gleichstellungsplan 2019 – 2023

Frau SRTM Sobczyk stimmte seitens der CDU-Städteregionstagsfraktion dem vorgelegten Controllingbericht zu. Hinsichtlich der Frauenquote von 16,67 % auf Ebene der Behördenleitung merkte sie an, das es in dem Bereich noch „Luft nach Oben“ geben würde. Wichtig wären auch die Zahlen in den politischen Gremien. Der Städteregionstag sei gut aufgestellt, allerdings wäre dies nicht so in den Räten der regionsangehörigen Kommunen.

Herr SRTM Andrazcek schloss sich den Ausführungen von Frau SRTM Sobczyk an und erkundigte sich nach einer Übersicht aufgelistet nach Geschlecht bei den Vertretungen in den Gremien des Städteregionstages bzw. in Aufsichtsräten und Gesellschafterversammlungen der wirtschaftlichen Unternehmen.

Herr Nimmerrichter stimmte dem vorgelegten Bericht zu und fragte nach, wie man in Zukunft mit den Änderungen durch die Pandemie umgehen werde.

Auf entsprechende Anfrage von Herrn SRTM Ziegler ergänzte Frau von Morandell, dass in der Frauenquote von 74 % die Erzieherinnen der Kitas enthalten seien.

Frau Königsfeld erläuterte sodann, dass mit dem vorliegenden Controllingbericht aufgrund der Änderung des Gleichstellungsgesetzes erstmals die Möglichkeit bestanden hat, eine inhaltliche Beurteilung vorzunehmen. Zum Ende der Laufzeit wird es im Vergleich zum jetzigen Zwischenbericht einen umfangreichen Bericht mit mehr Statistik geben. Weiterhin informierte sie über die Frauenquote in den Räten (u.a. Städteregionstag 36,1 %, Stadtrat Aachen 44,83 %, Stadtrat Würselen 36,84 %, Stadtrat Monschau 15,38 %). Nach der Kommunalwahl 2020 wurden die Fraktionen im Städteregionstag von der Gleichstellungsbeauftragten über die Berücksichtigung/Anwendung von § 12 Landesgleichstellungsgesetz bei der Besetzung der Gremien informiert.

Frau Wirtz gab einen Überblick über die Einstellung der Auszubildenden in 2021 differenziert nach Geschlecht.

Frau Kreisdirektorin Nolte informierte auf Nachfrage von Herrn SRTM Andraczek, dass durch die Corona Pandemie festgestellt werden konnte, welche Bereiche in Homeoffice erledigt werden könnten. Die daraus gewonnenen positiven Erfahrungen würden für die Zukunft genutzt werden. Die Attraktivität des Arbeitsplatzes werde dazu sicherlich ausgewertet und es würden viele neue Möglichkeiten bestehen.

Herr Schaffrath ergänzte, dass es vor der Pandemie 250 Telearbeitsplätze gab, deren Anzahl sich während der Pandemie auf 800 erhöht hätte. Es verwies u.a. auf den Arbeitskreis Digitalisierung sowie den regen Gebrauch von Videokonferenzen anstatt Präsenzveranstaltungen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Personal, Informationstechnik und Beteiligungen empfahl dem Städteregionstag, wie folgt zu entscheiden:

„Der Städteregionstag trifft folgende Entscheidungen:

1. Er nimmt den Zwischenbericht zur Zielerreichung des Gleichstellungsplans 2019 – 2023 für die StädteRegion Aachen zustimmend zur Kenntnis.
2. Er stellt fest, dass die StädteRegion Aachen mit einer Gesamtfrauenquote von 74,15 Prozent (ohne JC, Stand 01.01.2021) in Bezug auf Geschlechterparität und Chancengleichheit gut aufgestellt ist, im Bereich der Behördenleitung und auf Arbeitsgruppenleitungsebene jedoch weiterhin Unterrepräsentanz besteht.

3. Er stellt fest, dass die im Berichtszeitraum angelassenen Maßnahmen im Sinne der Experimentierklausel trotz Corona-Pandemie zur Verbesserung der partnerschaftlichen Vereinbarkeit von Familie und Beruf beitragen.
4. Er beauftragt die Verwaltung, die Ziele des Gleichstellungsplans 2019 – 2023 weiterhin im Sinne der Beschlusslage vom 13.12.2018 (Vorlage PERS 2018/0429) zu verfolgen und die Erfahrungen aus der Pandemie bei der Umsetzung mit einfließen zu lassen.“

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Zu Punkt 5. der Tagesordnung:

Sachstandsbericht zur Umsetzung des Gesetzes zur Verbesserung des Onlinezugangs zu Verwaltungsleistungen (Onlinezugangsgesetz – OZG)

Herr Dr. Ziemons informierte den Fachausschuss, dass der Bereich Digitalisierung seit 01.09.2020 dem Dezernat III zugeordnet sei. Er gab einen kurzen Überblick über den Einsatz der Digitalisierung im Rahmen der Corona Pandemie und die damit verbundenen Aufgaben, die das Amt 12 zu bewältigen hat.

Des Weiteren führte er aus, dass die StädteRegion im Vergleich zu den Kommunen gut aufgestellt sei und verwies dabei auf das Bürgerportal und enaio.

Die Jahresaufgabe 2021 des Amt 12 würde in der Betreuung von 150 kleinen und größeren Projekten in den Ämtern einschließlich dem OZG -Onlinezugangsgesetz bestehen. Bis Ende 2022 habe die Verwaltung festzustellen, welche Leistungen den Bürgern durch das OZG angeboten werden können. Dies wäre nicht verpflichtend für die Kommunen. Es sei in der Verwaltung ein entsprechender Lenkungskreis eingerichtet worden. Die Ämter hätten 39 Aufgaben gemeldet, die nach dem OZG umgesetzt werden könnten. Davon seien bereits einige in der Umsetzung. Den Bundesländern wurden bestimmte Bereiche zugewiesen, die in deren Zuständigkeitsbereich übergehen. Das Land Niedersachsen sei beispielsweise für das Gesundheitswesen/Infektionsmeldungen zuständig.

Herr SRTM Andrzejewski wies daraufhin, dass im Hinblick auf die Zuständigkeiten des Landes und der Kreise für den Bürger eine einheitliche Plattform geschaffen werden müsste. Herr Dr. Ziemons sah darin die Kernaufgabe der Digitalisierung. Ein staatl. Monopol lehnte er ab. Aufgabe des Staates könne nur die Vorgabe der inhaltlichen Standards sein. Eine einheitliche staatliche Software wäre nicht zielführend.

Frau SRTM von Morandell teilte mit, dass eine weitere Beratung zum OZG für die nächste Sitzung des Fachausschusses vorgesehen sei, für die eine ausführliche Beratungsvorlage angekündigt sei.

Der Ausschuss für Personal, Informationstechnik und Beteiligungen nahm die Sitzungsvorlage zur Kenntnis.

Zu Punkt 6. der Tagesordnung:

Beteiligungsübersicht der StädteRegion Aachen

Herr Fuchs erläuterte den Mitgliedern des Fachausschusses in Anlehnung an die Ausführungen in der Beratungsvorlage das Aufgabenspektrum der Beteiligungsverwaltung.

Der Ausschuss für Personal, Informationstechnik und Beteiligungen nahm die Sitzungsvorlage zur Kenntnis.

Zu Punkt 7. der Tagesordnung:

regio iT gesellschaft für informationstechnologie mbH; Beteiligungsstruktur der Gesellschaft

Zu diesem Tagesordnungspunkt lagen keine Wortmeldungen vor.

Der Ausschuss für Personal, Informationstechnik und Beteiligungen nahm die Sitzungsvorlage zur Kenntnis.

Zu Punkt 8. der Tagesordnung:

Beschlusskontrolle

Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt lagen nicht vor.

Der Ausschuss für Personal, Informationstechnik und Beteiligungen nahm die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

Zu Punkt 9. der Tagesordnung:

Anfragen und Mitteilungen

Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt lagen nicht vor.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, schloss Frau von Morandell die öffentliche Sitzung um 19:38 Uhr.

gez.: von Morandell
Ausschussvorsitzende Person

gez.: Katterbach
Schriftführung